

Energiepolitik im Lichte der Generationengerechtigkeit – Bioenergie als ein Weg aus der ökologischen, finanz- und sozialpolitischen Krise

Rede von Wolfgang Gründinger auf dem 4. BBE-Symposium für Bioenergie und Nachhaltigkeit:
„Akzeptanz durch eine nachhaltige Bioenergienutzung sichern!“, 06.07.2011, Düsseldorf

Liebe Freundinnen und Freunde der erneuerbaren Energien,
liebe Andersgläubige – falls welche im Raum sind –,

in einer Münchner Buchhandlung hielt Max Weber am 28. Januar 1919 seine historische Vorlesung über Politik als Beruf. Ein guter Politiker, sagt Max Weber, versucht eine Balance zu finden zwischen Verantwortungsethik und Gesinnungsethik. Verantwortungsethik bemisst eine Entscheidung an ihren Folgen. Gesinnungsethik schert sich dagegen nicht um die Folgen, solange das Motiv moralisch aufrecht, gut und edel war.

Einem Politiker fällt es oft schwer, ethisch richtig zu handeln. Erst recht, wenn die Verantwortungsethik auch die künftigen Generationen respektieren soll. Eine Legislaturperiode dauert vier bis fünf Jahre. Klimakrise, Atomkrise und Rohstoffkrise prägen unseren Planeten aber für Jahrtausende.

„Allgemein gesagt ist jede parlamentarische Demokratie auf einem Strukturproblem aufgebaut, nämlich der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft“, so die Einsicht von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. „Es ist nun einmal so, dass wir nicht anders regiert werden können und regiert werden wollen als durch auf Zeit gewählte Vertreter, die mit ihrem Angebot zur Lösung der Probleme gar keinen weiteren Dispositionsspielraum zur Verfügung gestellt bekommen als den ihrer Legislaturperiode. Damit will ich nicht behaupten, dass die gesamte politische Repräsentanz keinen Sinn für langfristige, zukünftige Aufgaben hätte. Nur steht sie vor der Notwendigkeit, sich Mehrheiten zu beschaffen.“

Bei dieser Mehrheitsbeschaffung können allerdings die künftigen Generationen nicht mitwirken – und selbst nicht einmal die erste nachrückende, also die heute junge Generation, da alle unter 18jährigen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Der Berliner Demokratieforscher Prof. Wolfgang Merkel schreibt: „Reformen, die erst in weiterer Zukunft ihre Früchte tragen, sind für Politiker, die wiedergewählt werden wollen, auf dem Wählermarkt irrational. Das Interesse an der Maximierung von Stimmen und der Durchsetzung einer bestimmten Politik kollidieren unter solchen Bedingungen.“

Die Rettung des Weltklimas, die Schonung knappen Öls, ein zweites Standbein für die Bauern – die Motive für die staatliche Förderung von Bioenergie waren aufrecht, gut und edel. Aber: Mit dem Erfolg kamen die Probleme. Der Anbau von Energiepflanzen verteuerte Lebensmittel, auch deswegen gab es Hungeraufstände. Regenwald wird abgeholzt, weil der Anbau von Palmöl viel Geld bringt. War die Förderung von Bioenergie also bloße Gesinnungsethik, die mehr schadet als nutzt? Stimmt die alte Lebensweisheit: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint?

Es kommt nicht oft vor, dass Fidel Castro und der Leitartikler des *Economist* einer Meinung sind. Und wenn es vorkommt, dann ist das bemerkenswert. Genau das passierte in Sachen der Bioethanolpolitik Washingtons.

Die amerikanische Auto-Industrie liebt Mais-Ethanol, weil man damit weiter SUVs fahren kann, ohne Rücksicht auf Verluste, was unbequeme Wahrheiten wie dem Global Warming oder der Importabhängigkeit von lupenreinen Demokraten auf der arabischen Halbinsel angeht. Die

Mineralöl-Industrie liebt Mais-Ethanol, weil es in konventionelles Benzin gemischt wird und daher das Business as usual so weitergehen kann wie bisher. Politiker lieben Mais-Ethanol, weil die Subventionen ihre Wähler im Corn Belt von Iowa und Illinois zufrieden stimmen. Alle lieben Mais-Ethanol. Außer Fidel Castro und der Economist.

Fidel Castro fuhr gegen die „böartige“ Biokraftstoffpolitik Washingtons sämtliche rhetorische Geschütze auf, die ein kubanischer Diktator zur Verfügung hat. Dabei hatte er nicht ganz Unrecht: Die amerikanische Nachfrage hatte den Maispreis steigen lassen. Mais eroberte die Äcker, so dass auch der Preis von Soja und anderen Pflanzen anzog. Und weil Mais auch an Vieh verfüttert wird, wurde auch Fleisch teurer.

Die Bauern fütterten Amerikas hungrige Autos statt Kubas hungrige Menschen. Die Sorte Biosprit, die von den USA produziert wird, ist schlecht. Das sagte Castro. Und der Economist gab ihm Recht. Dazu ist die Klimabilanz von Mais-Ethanol nur positiv, wenn auch die Anbaubedingungen ökologisch korrekt sind. Und die Subventionen kosten den amerikanischen Steuerzahler rund sechs bis sieben Milliarden Dollar.

Brasilien produziert Ethanol aus Zuckerrohr. Ethanol aus Zuckerrohr ist gut. Seine Energie- und Klimabilanz sind eindeutig positiv. Brasilien hat genug Fläche, um Zuckerrohr anzubauen. Brasilien und andere tropische Länder, wie Indien, die Philippinen oder Kuba, könnten mit dem Verkauf von Zuckerrohr an die USA zur neuen Ölmacht werden und ihre Armut verringern.

Es gibt sogar noch eine schönere Aussicht. Diese schöne Aussicht heißt Zellulose-Ethanol. Es wird gemacht aus Holz, Gräsern, Sträuchern und Agrarabfällen. Die Herstellung ist teuer, aber die Forschung nach billigeren Produktionsmethoden ist im Gange. Zellulose-Ethanol ist noch effizienter als Zuckerrohr. Die Flächenkonkurrenz wäre kaum noch ein Problem.

Es ist nicht korrekt und stark überzogen, die Bioenergie für alle Fehlentwicklungen im Naturschutz oder in der internationalen Landwirtschaft verantwortlich zu machen. Denn: Der Biosprit kann gar nichts dafür, dass er an allem schuld ist.

Der Anbau von Energiepflanzen führt zwar ceteris paribus zu einer Verteuerung von Nahrungsmitteln. Er ist aber nur ein Faktor unter vielen, der auf die Preisbildung wirkt. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, wie kriminell die Agrarpolitik der EU und der USA ist. Brüssel garantiert Mindestpreise für viele Lebensmittel wie Milch, Fleisch und Zucker, und erstattet bei Exporten die Differenz zum niedrigeren Weltmarktpreis. Die staatlich subventionierten Billigimporte aus Europa ruinieren die Bauern in armen Ländern.

Dumping-Preise für Lebensmittel sind kurzfristig gut für die Konsumenten, sie führen aber zu Elend und Armut bei den Bauern. Die perverse EU-Agrarpolitik richtet kleinbäuerliche Strukturen in armen Ländern zugrunde. Zahlreiche Entwicklungsländer sind daher von Importen abhängig, obwohl sie sich selbst versorgen könnten. Es klingt paradox, ist aber wahr: Niedrige Preise für Agrargüter führen nicht aus der Hungerkrise heraus, sondern vertiefen die Hungerkrise eher. Die marktradikalen Auflagen der Weltbank und des IMF, staatliche Hilfen für die Bauern abzubauen, taten ihr Übriges. Weil der Profit regierte, ließen die Bauern Schnittblumen für den Weltmarkt wachsen statt Grundnahrungsmittel.

Und trotzdem hatte der Mais-Boom eine Mitschuld am Preisauftrieb auf den Getreidemärkten vor vier Jahren, und damit an der Hungerkrise.

Aber es gibt kein richtiges Leben im falschen, und es gibt keinen fairen Biosprit in einem unfairen Weltwirtschaftssystem.

In Brasilien ist nicht der Anbau von Zuckerrohr das Hauptproblem, sondern der steigende Flächenbedarf für die Fleischproduktion, insbesondere für das Soja für Rinderfutter. Es gibt dort 220 Mio. Hektar Weideland, 23 Mio. Hektar Sojafelder für Viehfutter, sechs Mio. Hektar für Zuckerrohr, davon drei Mio. Hektar für Ethanol. Schon diese Größenverhältnisse zeigen, dass der Biosprit nicht die Wurzel von Hungerkrise und Regenwaldzerstörung sein kann. Weltweit werden nur 2% der Ackerfläche für Energiepflanzen verwendet, aber 30% der Ackerfläche für die Fleischproduktion. Um eine Kalorie Rindfleisch zu produzieren, müssen elf pflanzliche Kalorien verfüttert werden. Eine Reduktion des Fleischkonsums würde daher den Druck auf die Welternährungssituation wesentlich entspannen. Der wahre Konflikt ist nicht der Konflikt zwischen Teller und Tank. Der wahre Konflikt ist der Konflikt zwischen Teller und Trog.

Aber es gibt kein richtiges Leben im falschen, und es gibt keinen richtigen Biosprit bei falschen Konsummustern.

Notabene: Ein Lobbyverband, der von Nachhaltigkeit spricht und Fleisch serviert, gräbt sich das Grab seiner Glaubwürdigkeit selbst. Ich gehe davon aus, dass Sie kluge Lobbyisten sind und das wissen.

In Südostasien, namentlich in Indonesien, haben Plantagen für Ölpalmen in den 1980er Jahren zu großflächigen Rodungen geführt. Damals gab es noch keine EU-Biokraftstoffrichtlinie. Das Palmöl wurde und wird kaum für Biosprit verwendet. 71% des weltweiten Palmöls verbrauchen wir heute für Nahrungsmittel, wie Salatöl, Kochöl und Margarine. 24% verbrauchen wir für Konsumartikel wie Seifen, Kosmetik und Kerzen. Nur 5% gehen in die Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen.

In Deutschland spielen Palmöl-Importe für Treibstoffe ohnehin nur eine geringe Rolle. 90% des Biosprits stammen aus heimischem Anbau. 10% werden importiert, und müssen dafür die Kriterien der EU-Nachhaltigkeitsverordnung erfüllen. Die Nachhaltigkeitskriterien schließen aus, dass Palmöl von abgeholzten Regenwaldflächen in deutschen Autotanks oder BHKWs landet, zumindest so gut das praktisch geht.

Dumm nur, dass die Nachhaltigkeitskriterien zwar für das Palmöl zur Energieproduktion gelten, nicht aber für das Soja- und Palmöl für Kosmetik, Futter und Nahrungsmittel. Unser Biosprit lässt den Regenwald in Ruhe, aber für Kosmetik, Kerzen und Shampoo geht der Raubbau an den Regenwäldern ungehindert weiter.

Wer zum Boykott von Bioethanol aufruft, aber Nestlé und Unilever gewähren lässt, der ist entweder ignorant, oder böswillig. Auf jeden Fall spricht er mit gespaltener Zunge.

Dass bei erneuerbaren Energien mit doppelten Maßstäben gemessen wird, sind Sie ja gewohnt. Auch unsere Importe von Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran haben noch nie irgendwelche Umwelt- oder Sozialkriterien beachten müssen. Wie viel Natur für Erdöl-, Kohle- und Uranabbau vernichtet wird, wie viele Fischgründe vergiftet werden, wie viele Bauern ihr Land verlieren, wie viele Menschen vertrieben werden, wie viele Menschen krank werden oder sterben, das alles kümmert bei den fossilen und nuklearen Energieträgern keinen. Nur bei den Erneuerbaren ist das alles auf einmal ein Thema. Da wird notfalls so lange nach dem Haar in der Suppe gesucht, bis das Haar des Suchenden selbst in die Suppe gefallen ist.

Die Probleme der Bioenergie lassen sich nicht einfach wegwischen. Mögliche Konkurrenz um Ackerland, Vertiefung der Hungerkrise, Zerstörung von Regenwald, hoher Wasserverbrauch und intensive Anbaumethoden, Vertreibung von Menschen: Das alles ist Teil der Realität auch bei Bioenergie. Noch sind die Probleme relativ gering. Aber je mehr Bioenergie es gibt, desto größer werden auch die Probleme.

Ein Weltwirtschaftssystem, das die externen Kosten der Produktion auf die Armen und auf künftige Generationen abschiebt, ist falsch. Wenn der Kapitalismus transformiert wird zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, wird auch der Biosprit sozial-ökologisch.

Die Bioenergie kann gar nichts dafür, dass sie an allem schuld ist. Denn: Es gibt keinen richtigen Biosprit in einem falschen Weltwirtschaftssystem.

Auf dem UN-Weltnachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg erzählte mir eine Delegierte, sie kenne nur zwei Wege, wie die Menschheit auf nachhaltiges Wirtschaften umsteuern könnte: einen realistischen und einen utopischen. Der realistische (!) Weg sei, dass Außerirdische auf der Erde landen und die Menschheit zu einem Kurswechsel zwingen. Der utopische Weg hingegen sei, dass die Menschen von sich aus auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise umschwenken.

Rio ist 20 Jahre her. Johannesburg ist 10 Jahre her. In der Tat kann man angesichts der Kluft zwischen Wissen und Handeln leicht den Mut verlieren. Der Fortschritt ist eine Schnecke, und muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Wir halten noch alle Fäden in der Hand, die Welt so zu gestalten, dass auch unsere Kinder noch so entspannt zusammen sitzen können, wie wir es heute tun.

Max Weber hat Politik definiert als das langsame „Durchbohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Diese Leidenschaft und dieses Augenmaß wünsche ich Ihnen für Ihre politische Arbeit. Danke.